

## In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos.

## Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden. Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

## So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte werden Sie Fördermitglied, • spenden Sie.

## Kontakt- u. Bestelladresse:

**Hansaring 82, 50670 Köln**

Tel: 0221 / 16 79 39 45

Fax: 0221 / 16 79 39 48

Email: azadi@t-online.de

**Web: [www.nadir.org/azadi](http://www.nadir.org/azadi)**

V.i.S.d.P.: Monika Morres

## Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00

BIC: GENODEM1GLS

## Aus dem Inhalt:

- 1-8 Aktuell
- 9-10 Verbotsspraxis
- 11 Repression
- Asyl- u. Migrationspolitik
- 12-13 Internationales
- 13 Unterstützungsfälle

# Mustafa Çelik zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt

Am 30. August wurde Mustafa Çelik nach einer viermonatigen Verfahrensdauer vom 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Celle zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der kurdische Aktivist vom Sommer 2013 bis Anfang November 2015 verschiedene PKK-Gebiete verantwortlich geleitet haben soll. Damit habe er sich als Mitglied an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ (§ 129b Abs. 1 Satz 1 StGB i.V.m. § 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB) beteiligt.

Die Generalstaatsanwaltschaft hatte für Mustafa Çelik eine 3-jährige Haftstrafe gefordert hatte, plädierten seine Verteidiger auf Freilassung ihres Mandanten. Sie werden Revision gegen das Urteil einlegen. Der Angeklagte hatte am Prozesstag zuvor erklärt, dass er sein Engagement für den Freiheitskampf in Kurdistan und für die Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortsetzen werde.

Mustafa Çelik war am 11. November 2015 in Bremen festgenommen worden.

Wie das „Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover“ in seiner Pressemitteilung schrieb, habe sich der Vorsitzende Richter Rosenow vor der mündlichen Urteilsbegründung gezwungen gesehen zu begründen, „warum das Gericht kein politisches Urteil in einem politischen Prozess erlasse, sondern er allein nach rechtsstaatlichen Kriterien entscheide“. Eine solche „Entpolitisierung“ sei ihm aber während des gesamten Verfahrens nicht gelungen. Das Gericht habe sich darauf „versteift“, dass es sich bei dem türkischen Regime weder um eine „Besatzungsmacht“ handle, noch, dass es ein „rassistisches System“ sei. Dies sei „angesichts des seit letztem Jahr eskalierenden Krieges in Nordkurdistan/Südosttürkei und des Einmarsches türkischer Truppen an der Seite extrem islamistischer Banden in Rojava/Syrien eine Farce“.

Das Gericht habe jedoch anerkennen müssen, „dass Mustafa Çeliks Engagement gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Regimes gerichtet“ gewesen sei. Individuelle Straftaten habe das Gericht dem Kurden nicht nachweisen können, was bei §129b-Verfahren auch nicht erforderlich ist. In allen Prozessen geht es ausschließlich nur um die Frage, ob Angeklagte durch ihr Handeln als Mitglieder oder Unterstützer der PKK angesehen werden. Als „Beweise“ hierfür werden massenhaft abgehörte Telefonate, ausgelesene SMS und mails bzw. Observationen herangezogen. Auf diese Weise wird das Organisieren von Demonstrationen, Wahlkampfveranstaltungen für die „Demokratische Partei der Völker“ (HDP), das Sammeln von Spenden oder die Durchführung von Bildungsveranstaltungen zu „terroristischen“ Aktivitäten kriminalisiert.

Dieses Urteil – wie auch vorangegangene Urteile - basiert auf einer weitreichenden Entscheidung des 3. Senats des Bundesgerichtshofs (BGH) aus den Jahren 2013 bzw. 2014. Im Rahmen von Revisionen gegen §129b-Urteile hatte dieser alle von den Verteidigern angegriffenen Punkte verworfen und hierbei festgelegt, dass Selbstverteidigungsaktionen der HPG gegen „militärische, paramilitärische oder polizeiliche Einrichtungen“ nicht gerechtfertigt seien – „weder nach nationalem“ noch durch „Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrecht“. Die Voraussetzungen des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen von 1949 bezüglich des sog. „Kombattantenprivilegs“ lägen nicht vor.

Auch könne der Kampf der PKK nicht als „gegen Kolonialherrschaft, fremde Besetzung oder ein rassistisches Regime“ gerichtet bewertet werden, weil die Türkei „schließlich kein rassistisches Regime“ im Sinne des Artikels 1 Abs. 4 Zusatzprotokoll I sei. Dafür müsse vorausgesetzt werden, dass die Gesamtheit einer Bevölkerung diskriminiert werde und „vom politischen Prozess vollständig ausgeschlossen“ würde, was für das einstige Apartheidsregime von Südafrika behauptet werden könne, nicht aber für die Türkei.

Bei der Bewertung der Frage, ob die „Freiheitsfalken Kurdistan“ (TAK) ein Teil der PKK-Strukturen seien oder nicht, hat der BGH die Sicht der Oberlandesgerichte bestätigt. Obwohl die Verteidiger in den Verfahren zahlreiche gegenseitige Distanzierungserklärungen von TAK und PKK vorgelegt hatten, sahen die Gerichte darin rein taktische Manöver.

Die Verteidiger hatten darüber hinaus einen zentralen Punkt aller Verfahren angegriffen, nämlich die Ermächtigungen zur Strafverfolgung von Personen nach §129b StGB durch das Bundesjustizministerium, die sie grundsätzlich für verfassungswidrig hielten und nach wie vor halten. Diese seien objektiv willkürlich, weil die §§129 und 129a ursprünglich auf die Bedingungen eines funktionierenden Rechtsstaates ausgerichtet gewesen seien und nicht etwa auch auf komplexe außenpolitische sowie auf menschen- und völkerrechtliche Fragen wie nun in § 129b.

Bei dieser Regelung bliebe allein dem Bundesjustizministerium überlassen zu entscheiden, ob es sich um Freiheitskämpfer oder Terroristen handle – eine Einschätzung, die außerordentlich von den jeweiligen innen- und außenpolitischen Interessen einer Regierung abhängt.

Angegriffen wurde ferner, dass das BMJV seine Entscheidungen nicht begründen müsse und sie gerichtlich nicht überprüfbar seien.

Auch diese Einschätzung der Verteidigung wurde vom BGH nicht geteilt und verworfen.

Die von der Verteidigung eingereichten Verfassungsbeschwerden gegen die Beschlüsse hat das Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen.

Somit wurden alle Urteile rechtskräftig.

Die Entscheidung der Richter des BGH wirkt sich auf alle §129b-Verfahren aus. Sie versetzt die OLG-Staatsschutzsenate in die bequeme Lage, sich nicht im Detail mit den politischen Hintergründen des Konflikts auseinandersetzen zu müssen, sondern lediglich auf die Grundsatzurteile des BGH zu verweisen.

Es geht nur noch darum, „kurzen Prozess“ zu machen, was in der Konsequenz auch dazu führt, dass die Oberlandesgerichte zunehmend zwei Pflichtverteidiger ablehnen, weil der Umfang der Verfahren angeblich nicht mehr aufwändig seien.

Nach der Urteilsverkündung hat das „Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen“ spontan seinen Protest gegen die Gerichtsentscheidung in der Celler Innenstadt durch eine kurze Demonstration zum Ausdruck gebracht.

(Azadî)

### **Kenan Baştu zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt Freiheit für Kenan Baştu und alle politischen Gefangenen!**

Am 01.09.16 wurde der kurdische Aktivist Kenan Baştu vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Celle (4. Strafsenat) wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ – gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) – nach §§ 129a I, 129b I StGB zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Damit folgte das Gericht der Forderung der Generalstaatsanwaltschaft.

Kenan Baştu wurde am 21. Oktober 2015 in Dresden festgenommen und das Hauptverfahren gegen ihn am 9. Juni eröffnet.

### ***Nachfolgend dokumentieren wir die – leicht gekürzte - Pressemitteilung des Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen Celle/Hannover vom 1. September:***

In der Urteilsbegründung zeichnete der vorsitzende Richter Rosenow einen Teil des Lebens Kenan Baştus nach, der sich in der Türkei in einer linken Gewerkschaft engagiert hatte, weshalb er dort zweimal inhaftiert und in der Haft gefoltert wurde, ohne allerdings verurteilt worden zu sein. Vor diesem Hintergrund beantragte er 2008 Asyl in Frankreich und setzte sich auch in Europa für eine Demokratisierung der Türkei und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ein. Richter Rosenow kam nicht umhin, anzuerkennen, dass Kenan Baştu aus uneigennützligen, ja idealistischen Gründen für die Freiheit des kurdischen Volks eintrete. Auch hielt er ihm zugute, dass er kein „Scharfmacher“ gewesen sei, sondern stets besonnen agiert habe, was selbst ein Zeuge des Bundeskriminalamts (BKA) so ausgesagt hatte.

Ansonsten glänzte das Gericht mit wenig Aufrichtigkeit, da es zwar einerseits die Menschenrechtsverletzungen und die langjährige Unterdrückung der Bevölkerung Kurdistans durch das türkische Regime anerkannte, aber andererseits in typischer Manier der Staatsschutzsenate die Vorgaben der Bundesregierung, des BKAs und des Bundesgerichtshofs (BGH) bezüglich der Aburteilung vermeintlichen „Terrorismus“ mithilfe der §§ 129a, 129b StGB und die Lesart des kurdischen Freiheitskampfes als illegitim umsetzte.

Wie bereits im Urteil des gleichen Senats gegen den kurdischen Aktivist Mustafa Çelik vom 30. August, behauptete das Gericht, das türkische Regime sei „keine Besatzungsmacht und kein rassistisches System“. Die Unterdrückung und Folter, die von diesem Regime seit Jahrzehnten ausgeht und von der Kenan Baştu sogar persönlich betroffen gewesen ist, stellte das Gericht allerdings nicht in Abrede. Wie für die §§ 129a, 129b StGB üblich, wurde Kenan keine individuelle Straftat als solche nachgewiesen, sondern lediglich dargelegt, dass er seine Tätigkeiten als Mitglied der PKK ausgeführt habe.

Zur Urteilsverkündung waren ca. 30 Unterstützer\*innen gekommen - Verwandte, Freund\*innen und Genoss\*innen. Sie drückten ihre Solidarität mit ihm aus und skandierten nach der Sitzung Parolen.

Als *Solidaritätskomitee für die Politischen Gefangenen Celle/Hannover* verurteilen wir grundsätzlich das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz gegen kurdische und türkische Aktivist\*innen in der BRD. Auf diese Weise machen sich die Bundesregierung, die deutschen Polizeien und Gerichte mitschuldig an den Verbrechen, die vom türkischen Regime und mit diesem verbundenen Gruppen wie dem sogenannten Islamischen Staat (IS) in Kurdistan begangen werden.

Darum drücken wir allen politischen Gefangenen in der BRD unsere Solidarität aus, wünschen ihnen viel Kraft und fordern ihre sofortige Freiheit!

Über die Verfahren gegen Kenan Baştu sowie gegen alle anderen kurdischen Aktivist\*innen, die nach §§ 129a, 129b StGB angeklagt werden, informiert der Blog <https://freiheit.blackblogs.org>; mail: NAV-DEM\_Hannover@posteo.de

## Der Ausnahmezustand in der Türkei geht weiter

In der Juli-Ausgabe unseres Infodienstes haben wir damit begonnen, eine Chronologie der Ereignisse insbesondere nach dem gescheiterten Militärputsch in Stichworten zu erstellen. Wir halten es für wichtig, mit dieser Auflistung auch im August fortzufahren, weil die Entwicklungen in der Türkei weitreichende Rück- und Auswirkungen auch auf die Politik und Gesellschaften in Europa haben.

- **Figen Yüksedağ**, Kovorsitzende der Partei der Völker (HDP), sagte am 2. August vor ihrer Parlamentsfraktion u.a.: „Eine politische Versöhnung in der Türkei kann es nicht geben, wenn sechs Millionen Wähler der kurdisch-linken HDP davon ausgeschlossen werden.“ Sie fragte, warum die HDP nicht zu den Treffen der Regierung mit den Oppositionsvertretern eingeladen werde. Konsequenz ist die HDP von allen Konsultationen ausgeschlossen, auch von Erdoğan's Ankündigung, Beleidigungsklagen gegen Oppositionspolitiker zurücknehmen zu wollen. **Selahattin Demirtaş** hatte gegenüber ausländischen Journalisten erklärt: „Viele der jetzt als Putschisten festgenommenen Generäle und Offiziere stammen von den Einheiten, die in den Kurdengebieten im Südosten eingesetzt sind. Viele verbrecherische Akte wie die Zerstörung von Cizre gehen auf deren Konto.“
- **Amnesty International** wirft der Türkei nicht nur **Folter von Festgenommenen** vor, sondern berichtete jüngst auch, dass es für Gefangene keine unabhängigen Besucher gebe. Selbst Diplomaten, die die in Sportstadien und Reithallen zusammengepferchten Gefangenen aufsuchen wollen, seien „scharf zurückgewiesen worden“. AI fordert einen freien Zugang für Anwälte und Angehörige.
- **Erdoğan** kündigte am 4. August an, türkischen Firmen alle Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen verbieten zu lassen, die angeblich mit Gülen verbunden seien. Dessen Firmen, Schulen und Wohltätigkeitsorganisationen seien „Nester des Terrorismus“. Bei deren Zerschlagung werde es „keine Gnade geben“.
- **Remzi Aru**, deutsch-türkischer Unternehmer und Erdoğan-Anhänger, hat die Partei „**Allianz Deutscher Demokraten**“ (**ADD**) gegründet. Gegenüber dem „Berlin Journal“ erklärte er am 4. August, sich zu diesem Schritt gezwungen zu sehen, weil „vor allem Türken und türkische Einwanderer Herabsetzungen in Deutschland ausgesetzt“ seien.

- **Christian Kern**, Bundeskanzler Österreichs, erklärte am 4. August, dass die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei „nur noch diplomatische Fiktion“ seien und beendet werden sollten.  
**Jean-Claude Juncker**, EU-Kommissionspräsident, lehnte einen Abbruch ab.  
Peter Altmaier, Chef des Kanzleramtes, wies Ansinnen ebenfalls zurück. Es gebe keinen Grund „für Plan B“.
- **Erdoğan** am 4. August in Ankara über weitere „Säuberungen“: „Wir haben noch keinen Punkt gesetzt, das ist erst das Komma.“ Bei einem ersten Zusammentreffen des AKP-Vorstands sei laut der Zeitung „Cumhuriyet“ beschlossen worden, auch den eigenen Apparat zu beleuchten, um angebliche Anhänger von Fethullah Gülen zu entlassen. Angezeigt wurden inzwischen vier ehemalige AKP-Minister, insbesondere der ehemalige Regierungsvize **Bülent Arınç**.
- **Sebastian Kurz**, österreichischer Außenminister am 6. August: „Das Kartenhaus der falschen Flüchtlingspolitik wird zusammenbrechen.“ Um nicht erpressbar zu sein, müsse die EU selbst die Außengrenzen schützen. Die Beziehungen zur Türkei seien „natürlich angespannt“.  
**Mevlüt Cavusoğlu**, türkischer Amts„kollege“ konterte: Wien sei „Hauptstadt des radikalen Rassismus“.
- **Erdoğan** hat auf einer Großveranstaltung am 7. August in Istanbul erneut Kritik an Deutschland geübt, weil er eine Woche zuvor in Köln nicht per Videoleinwand habe zugeschaltet werden dürfen. „Wo ist die Demokratie?“ fragte er. Die deutschen Behörden hätten bei einer früheren Veranstaltung eine Videoübertragung der PKK zugelassen. „Sollen sie die Terroristen nur ernähren“, das werde sie „wie ein Bumerang treffen.“
- **Markus Ederer**, Staatssekretär aus dem Auswärtigen Amt, wurde am 8. August als Vertreter der Bundesregierung zu Gesprächen nach Ankara entsandt. Außenamts-Sprecherin Sawsan Chebli: „Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, mit der Türkei ins direkte Gespräch zu kommen.“ Man wolle nicht nur „über Megaphone und Mikrofone“ miteinander sprechen. Die AKP-Regierung zeigte sich darüber enttäuscht, dass nicht der Außenminister selbst in die Türkei gekommen ist.
- **Erdoğan** traf erstmals nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugs im November letzten Jahres am 9. August in St. Petersburg den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Auf der Agenda u.a.: Überwindung der Krise und Normalisierung der Beziehungen, Aufhebung der Sanktionen, Tourismusboykott, Terrorismusbekämpfung, Gasprojekt Turkish Stream durch das Schwarze Meer, Bau des ersten AKWs russischen Typs in der Türkei. Zu Syrien bestehen weiterhin große Differenzen: Türkei fordert Rücktritt von Syriens Präsident Baschar al-Assad, Russland unterstützt Regierung. **Wladimir Putin**: „Demokratische Änderungen in Syrien sind nur mit demokratischen Mitteln zu erreichen.“  
**Karl A. Lamers** (CDU-MdB) gegenüber t-online.de: „Wenn zwei Autokraten, die nicht gerade im Verdacht stehen, den nächsten Preis für Menschenrechte zu bekommen, sich treffen und in einer Zeit großer Krisen und Bedrängnisse miteinander sprechen, dann muss man schauen, was beide damit verfolgen. Wenn Erdoğan glaubt, er könne die NATO damit unter Druck setzen, dann, glaube ich, liegt er falsch. Er soll aufpassen, dass er sich nicht verzockt und verhebt.“  
**Jens Stoltenberg**, NATO-Generalsekretär, hält Kommunikationskanäle mit Russland für wichtig.  
**Frank-Walter Steinmeier**, Außenminister, glaubt nicht, dass Russland für die Türkei eine Alternative zur NATO sei. Bundesregierung begrüßte das Treffen Erdoğan/Putin.
- **Erdoğan** hat die Banken des Landes zu einer freizügigeren Kreditpolitik gedrängt und gedroht: „Wir werden uns nicht davor scheuen, Banken, bei deren Zins- und Kreditpolitik wir einen negativen Bruch sehen, zu notieren und im Rahmen der Regeln zur Rechenschaft ziehen.“
- Für **Anschläge auf zwei Polizeifahrzeuge** am 10. August in der Kreisstadt Kiziltepe/Region Mardin und Diyarbakir, wurde die PKK verantwortlich gemacht. Nach offiziellen Angaben sind acht Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt worden.
- In der Nacht zum 11. August haben Antiterrorseinheiten der türkischen Polizei im Zuge einer großangelegten **Razzia in Istanbul** die **Bezirkszentrale der linken prokurdischen HDP durchsucht**. Hierbei sind sie - laut HDP-Sprecherin Bermali Demirdögen gegenüber der Deutschen Presseagentur – gewaltsam in das Gebäude eingedrungen. Zum Zeitpunkt der Razzia habe sich niemand dort aufgehalten; jedoch seien Laptops und andere technische Geräte verschwunden. Außerdem seien – wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete - bei weiteren Razzien in Privatwohnungen 17 Personen festgenommen worden. Der Polizeieinsatz habe sich gegen die PKK

gerichtet. Das HDP-Büro sei durchsucht worden, weil die Polizei dort Verdächtige vermuteten. Das Erdoğan-Regime wirft der Partei vor, der verlängerte Arm der PKK zu sein.

- Der Branchendienst „Defense News“ hat ein **Joint Venture-Unternehmen** öffentlich gemacht, an dem der türkische BMC-Konzern, die Firma Etika Strategi aus Malaysia und der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall beteiligt sind. Geleitet wird das Gemeinschaftsunternehmen aus der Türkei, das sich zunächst an der Serienproduktion des türkischen Panzers „Altay“ beteiligen will, dessen Hauptbewaffnung – eine Glattohrkanone – von Rheinmetall stammt. Das türkische Programm umfasst die Produktion von 1000 Panzern. Der Eigentümer des BMC-Konzerns, Ethem Sancak, ist ein guter Freund von Erdoğan und versprach wiederholt, aus seiner Firma einen der größten Rüstungshersteller der Türkei zu machen.
- **„Vereinigung der Kräfte für Arbeit und Demokratie“** heißt das demokratische Bündnis, das sich am 11. August in Ankara zusammengeschlossen hat. 21 Parteien, Gewerkschaften, politische und zivilgesellschaftliche Organisationen wollen der Politik Erdoğan unter dem Motto „Gegen Faschismus, Putsche und Ausnahmezustand schließen wir unsere Kräfte zusammen“ ein Konzept für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen in einer demokratischen laizistischen Türkei entgegensetzen. „Es gibt keine andere Lösung, und es ist legitim, die Selbstverteidigung gegen solche Angriffe [die vom Erdoğan-Regime] zu organisieren“, erklärte **Ziya Ulusoy** von der „Sozialistischen Partei der Unterdrückten“ (ESP). Zwei Tage zuvor hatte der Ko-Vorsitzende der HDP, **Selahattin Demirtaş**, auf einer Fraktionssitzung seiner Partei einen **„12-Punkte-Plan für die Demokratisierung der Türkei“** vorgestellt. Im Zentrum steht die Forderung nach einer neuen zivilen und pluralistischen Verfassung. Auch wird die Wiederaufnahme der Gespräche zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts gefordert.
- Die **türkische Staatsanwaltschaft** hat Agenturmeldungen vom 12. August zufolge eine **fünfjährige Gefängnisstrafe für den Ko-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş, gefordert**. Er und der HDP-Abgeordnete Sirri Sureyya Önder sollen 2013 in einer Vortragsreihe die PKK und Abdullah Öcalan gelobt haben. Damit hätten sie sich der „Propaganda für eine terroristische Organisation“ schuldig gemacht.
- **Mevlüt Cavușoğlu**, türkischer Außenminister, hat europäische Politiker kritisiert und sich in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung vom 15. August über „Türkei-Feindlichkeit“ beschwert. „Sie demütigen uns statt der Türkei zu helfen.“ Außerdem forderte er von der EU **erneut die Zahlung von drei Milliarden Euro** „für die Flüchtlinge“.
- Laut einer am 15. August vorgestellten Studie des **Stimson-Centers** ist die Sicherheit auf dem in den 1950er Jahren von den USA errichteten Militärflughafen **İncirlik** nicht gewährleistet. Dort sind neben über 1000 US-Soldaten, Zivilangestellte und 240 Bundeswehrsoldaten mit Tornadobombardierungsflugzeugen, auch geschätzte **50 Nuklearsprengköpfe des Typs B61 stationiert**. Die genaue Zahl wird vom Pentagon und der NATO geheim gehalten. „Es ist völlig unklar, ob die USA im Falle eines längeren Bürgerkriegs in der Türkei die Kontrolle über die Waffen hätten behalten können“, heißt es in dem Stimson-Bericht. Auch die Organisation Ärzte gegen den Atomkrieg plädiert für einen sofortigen Abzug der Nuklearsprengköpfe aus der Türkei.
- Das **8. Kammergericht von Istanbul** hat am 16. August dem Verbotsverfahren gegen die prokurdische Tageszeitung **„Özgür Gündem“** zugestimmt und die Schließung der Redaktion wegen angeblicher „PKK-Propaganda“ angeordnet und durchgeführt. Seit dem 7. Juni wurde die Zeitung und ihre Mitarbeiter\*innen mit zahlreichen Ermittlungsverfahren überzogen, weshalb die Kampagne „Einen Tag lang Bereitschaftsdienst als Chefredakteur“ ins Leben gerufen worden ist. Drei an der Kampagne beteiligte Personen sind inhaftiert und nach weltweiten Protesten wieder entlassen worden. Der Chefredakteur der Zeitung, **Zana Kaya** rief alle Vertreter\*innen der demokratischen Presse, verschiedene Journalistenorganisationen und die Zivilgesellschaft dazu auf, sich mit ihrer Zeitung zu solidarisieren und sie zu unterstützen. Er **und weitere Journalist\*innen**, die sich während der Durchsuchung in der Redaktion aufgehalten hatten, wurden **verhaftet**.
- **Aydın Engin**, Chefredakteur von „**Cumhuriyet**“: „Wir bewegen uns in eine Richtung, in der alle Oppositionsmedien zum Schweigen gebracht werden sollen. Meiner Meinung nach ist die gesetzte Priorität für „Özgür Gündem“ kein Zufall. Die AKP-Regierung begräbt die Gülenbewegung und wird sich jetzt wieder der kurdischen politischen Bewegung zuwenden. [...] Wir müssen uns auf schwierige, sehr schwierige Tage gefasst machen.“

- **Ibrahim Varlı**, Chefredakteur von „**Birgün**“: „Gegen die nationalistische Versöhnung der Faschisten heute Widerstand zu leisten, ist die Aufgabe von linken Sozialisten und die Pflicht aller Oppositionellen. In diesem Verständnis ist es Pflicht, Solidarität mit Özgür Gündem zu zeigen.“
- Nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu vom 16. August hat die Polizei **44 Firmen durchsucht**, weil sie angeblich Verbindungen zu dem Prediger Fethullah Gülen haben sollen. Es würde nach **187 Geschäftsleuten gefahndet**, deren **Vermögen beschlagnahmt** worden ist. 60 von ihnen habe die Polizei laut der Zeitung „Hürriyet“ vom 19.8. bereits bei Razzien in Istanbul festgenommen. Darunter befinden sich u.a. Faruk Güllüoğlu, dessen Familie zu den bekanntesten Süßspeisen-Herstellern der Türkei gehört sowie Ömer Faruk Kavurmaçı, Medienberichten zufolge der Schwiegersohn des Istanbuler Bürgermeisters Kadir Topbaş.
- Laut der Tageszeitung „**Hürriyet**“ vom 16. August, werde ihrem bereits Ende Juli festgenommenen Mitarbeiter, Arda Akin, vorgeworfen, eine nicht näher bezeichnete „Organisation“ unterstützt zu haben. Nach Angaben des Europäischen Journalistenverbandes (EJS) befinden sich im Zuge der Ermittlungen nach dem Militärputsch **68 türkische Journalisten in Haft**. Per Dekret war auch verfügt worden, Reisepässe von Verdächtigen für ungültig zu erklären. Hierbei betroffen seien u.a. zwei Reporter der prokurdischen Zeitung „Özgür Gündem“.
- Laut zwei am 17. August veröffentlichten **Regierungserlassen** sind weitere **2 000 Polizeibeamte entlassen** worden. Außerdem seien Hunderte Militärangehörige sowie Mitarbeiter der Behörde für Kommunikationstechnologie ihrer Posten entoben worden, weil sie angeblich Beziehungen zu Prediger Fethullah Gülen unterhalten hätten.
- **Erdoğan** ernannt den **Ex-Brigadegeneral Adnan Tanrıverdi** zum Chef seines Beraterstabes. Dieser ist **Inhaber der Söldnerfirma Sadat A.Ş.**, die sich selbst als „islamische Alternative“ zu ähnlichen Firmen wie Blackwater versteht. Ziel sei, die „Abhängigkeit von westlichen kreuzfahrerimperialistischen Staaten zu verhindern“ und eine Gegenmacht aufzubauen. Tanrıverdi war bereits in den 1980er Jahren bei der Aufstandsbekämpfung eingesetzt und ist als **Befürworter der Todesstrafe** bekannt. Sein Unternehmen kooperiert mit Saudi-Arabien, Libyen und verdeckt mit Dschihadisten in Syrien. Sadat-Männer werden nach eigener Darstellung ausgebildet in „Sabotage“, „Guerillakriegsführung“, „gezielte Attentate“, „Entführungen“ und „psychologische Kriegsführung“. Auch die parastaatliche AKP-Jugendorganisation – sog. Osmanlı Oçakları – trainiert bei Sadat A.Ş., der nun **offiziellen Konterguerilla**, die insbesondere verstärkt in den kurdischen Gebieten zum Einsatz kommen soll.
- **Faysal Sariyildiz**, Abgeordneter der HDP, sagte gegenüber der jungen welt vom 19. August u.a.: „Europa weiß, wie die Türkei gegen die Kurden und gegen Kritiker im eigenen Land vorgeht. Die Staatengemeinschaft schaut den Massakern zu und schweigt. Dieses Schweigen macht der Türkei Mut, bei ihrer schmutzigen politischen Haltung zu bleiben.“
- **Angela Merkel**, Bundeskanzlerin, bekräftigte in einem Gespräch mit „CDU.TV“ am 18. August ihre Haltung, dass eine Zusammenarbeit mit der Türkei bedeutend sei: Das EU-Abkommen spiele eine „große Rolle im Kampf gegen Fluchtursachen, Menschen schmuggel und Schleppertum“. Zu der Auseinandersetzung um die Unterstützung von Islamisten durch das Erdoğan-Regimes äußerte sie sich nicht.
- **Roman Geißler**, Fotojournalist, der bereits siebenmal von den türkischen Kurdengebieten (kurd.: Bakur) und aus dem Norden Syriens (Kobanê/Rojava) berichtet hat, sagte in einem Gespräch mit der jungen welt vom 19. August, dass seine **Arbeit in der Türkei „sehr schwierig“** sei. „Reporter bekommen für die Regionen keine offizielle Akkreditierung mehr“. Er habe „sozusagen illegal“ arbeiten müssen. Er sei einmal in eine Kontrolle durch eine paramilitärische Spezialeinheit geraten und „sehr aggressiv“ befragt worden. Man habe ihm die Läufe der Maschinengewehre „in den Bauch gedrückt“. Diese Männer seien „oft abgestumpft und skrupellos“. Dennoch halte er es für **wichtig zu dokumentieren, „was in den Kurdengebieten passiert“**. Eine Niederlage der Dschihadisten sei für Erdoğan „schlecht“, weil der IS „eine Versicherung gegen ein zusammenhängendes Kurdengebiet in Nordsyrien und seinen Feind Baschar al-Assad“ bekämpfe. Aus Furcht vor Drohungen wegen seiner kritischen Äußerungen hat die Redaktion seinen Namen anonymisiert.
- **André Schulz**, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, kritisierte am 19. August gegenüber dem „Handelsblatt“ das Bundesinnenministerium und den Bericht zur Türkei: „Es ist kein Geheimnis,

dass einige Verantwortliche mehr als unzufrieden mit der Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik der Regierung beziehungsweise der Bundeskanzlerin sind, was sich teilweise in einer – wie ich finde – besorgniserregenden Illoyalität widerspiegelt“. Deshalb sei es nicht verwunderlich, „dass nun diese eigentlich vertrauliche Stellungnahme ihren Weg in die Medien fand, und es ist mit Sicherheit kein Büroversehen, dass das Auswärtige Amt nicht beteiligt wurde.“ Es gehe darum, „Stimmung zu machen.“

- Am 19. August hat die Staatsanwaltschaft **gegen 84 Akademiker\*innen Haftbefehle erlassen**, weil sie angeblich in Verbindung gestanden haben sollen zur Fethullah-Gülen-Bewegung. Meldungen türkischer Nachrichtenagenturen sind bei Polizeieinsätzen in 17 Provinzen **73 Wissenschaftler festgenommen** worden, wobei die meisten an der Selcuk-Universität in Konya oder an der Uni Istanbul gearbeitet haben. In Istanbul wurden 44 Hochschullehrer festgenommen, 29 in Konya.
- Wie die kurdische Nachrichtenagentur *Firat* meldete, haben die **kurdischen Volksverteidigungskräfte** (HPG) die **Verantwortung für einen Anschlag** am 18. August auf eine Polizeiwache in Elazığ im Südosten der Türkei übernommen. Angaben der HPG, dem bewaffneten Arm der PKK, zufolge sollen insgesamt 105 Beamte getötet und 15 verletzt worden sein. Mit dieser von einem Mitglied der Gruppe durchgeführten Attacke habe man auf die Lage des in Isolationshaft befindlichen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aufmerksam machen wollen. Die türkische Regierung sprach von 3 getöteten Polizisten und mehr als 200 Verletzten. **Erdoğan** nannte im Zusammenhang mit dem Anschlag den „**wahren Drahtzieher**“ : Die „terroristische Gülen-Gruppe“ habe die PKK mit Informationen und geheimdienstlichen Erkenntnissen versorgt. Die Anhänger Gülens seien somit Komplizen der PKK. Inzwischen wird das „**Sünden-Register der Gülen-Bewegung immer länger**: Sie soll auch verantwortlich sein für den Mord an dem armenischen Bürgerrechtler Hrant Dink im Jahre 2007, den Luftangriff auf 34 kurdische Bewohner von Roboskî Ende 2011, den Brand in einer Zeche, bei dem 2014 über 300 Kumpel starben und schließlich für den Abschuss des russischen Bombers Ende November 2015.
- Zufall ? Kaum war **Adnan Tanrıverdi** (s. vorstehende Meldung) von Erdoğan zum Chefberater ernannt, wurde wenige Tage später, am späten Abend des 20. August, im überwiegend von Kurd\*innen bewohnten Ort **Dilok (Gaziantep)** ein **blutiger Anschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft** verübt, bei dem über 50 Menschen, zumeist Kinder und Jugendliche, getötet und Dutzende verletzt wurden. Ein Selbstmordattentäter hatte sich mitten in der Gesellschaft in die Luft gesprengt. **Mahmut Toğrul**, Abgeordneter der HDP, verwies auf Ähnlichkeiten mit den Anschlägen in Pirsûs/Suruç (Ende Juli 2015), Amed/Diyarbakir und Ankara (Oktober 2015) auf. Bei dem Attentäter handele es sich vermutlich um ein IS-Mitglied. Bei den betroffenen Familien habe es sich um Mitglieder und Unterstützer der HDP gehandelt, weshalb **Zeitpunkt und Ziel nicht zufällig** gewählt worden seien. Einige Tage zuvor hatten kurdische und arabische Kämpfer\*innen der „Syrisch Demokratischen Streitkräfte“ (SDF/QSD) die Stadt **Minbic/Nordsyrien** vom IS befreit. Eine Stunde nach dem Anschlag sei von der Regierung eine Nachrichten- und Ausgangssperre über den Ort verhängt worden, nachdem türkische Nationalisten mit „Allahu ekber“-Rufen und türkischen Fahnen den Stadtteil angegriffen hätten. Die Provinz Dilok liegt an der Grenze zu Syrien und gilt schon seit langem als Hochburg des IS. **Selahattin Demirtaş** brach seinen Südafrika-Besuch ab und kam mit der HDP-Delegation nach Dilok. Auch er glaube nicht an einen Zufall und erklärte gegenüber der Presse u.a.: „Seit etwa einem Jahr tobt im Brennpunkt der kurdischen Frage ein Krieg. Gestern hat die KCK eine Erklärung abgegeben, die einem Waffenstillstand hätte den Weg ebnen können. Und da passiert der Angriff. Weder die Betroffenen noch der Ort sind zufällig gewählt.“ Mehrere tausend Menschen kamen zu den ersten Beerdigungen zusammen, um gemeinsam Abschied zu nehmen. Der Demokratische Gesellschaftskongress (DTK) hat eine 3-tägige Trauer ausgerufen. **Frank-Walter Steinmeier**, deutscher Außenminister, sprach von einem „grauenvollen Angriff“ und Bundeskanzlerin **Angela Merkel** schickte ein Kondolenztelegramm. Die EU-Kommission sicherte der AKP-Regierung Solidarität und (*ausgerechnet*) verstärkte Zusammenarbeit im Kampf gegen Terror zu. **Mehmet Şimşek** reiste noch in der Nacht gemeinsam mit Gesundheitsminister **Recep Akdağ** nach Gaziantep. **Erdoğan** hatte umgehend nach dem Anschlag behauptet, es habe sich bei dem Attentäter um ein 12 bis 14-jähriges IS-Mitglied gehandelt, was er einen Tag später wieder zurücknehmen musste. Ansonsten meinte er zum wiederholten Male, dass IS, die Gülen-Bewegung und die PKK zusammenarbeiten würden und allesamt Terroristen seien.



- **Mehmet Kiliç**, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats, erhebt schwere Vorwürfe gegen den türkischen Präsidenten. Dieser nutze den **Geheimdienst MIT**, um Deutschtürken einzuschüchtern und den inneren Frieden in Deutschland aus dem Gleichgewicht zu bringen. Spätestens seit den Massenprotesten vom Gezi-Platz gegen Erdoğan Mitte 2013 sei der Geheimdienst umstrukturiert worden. Zahlreiche Menschen hätten sich bei Facebook und Twitter abgemeldet, weil dort Gegner von Erdoğan bedroht würden. „Viele von ihnen sind jetzt leise geworden und nicht mehr aktiv. Aber es gibt auch noch Aktive, die sich regelrecht verstecken müssen,“ kritisierte der frühere Abgeordnete der Grünen, der jetzt als Rechtsanwalt in Heidelberg arbeitet. Dies alles mache für ihn deutlich, dass **Erdoğan eine „aggressive Geheimdienstpolitik in Europa“ betreibt**.  
Er warne davor, dass durch gezielte Propaganda die türkische Community gegen die deutsche Bevölkerung aufgebracht werden könnte. „Auf solche Dinge müssen wir vorbereitet sein, damit man dann nicht emotional reagiert, sondern im Hinterkopf behält, dass dabei auch ein ausländischer Geheimdienst im Spiel sein kann.“
- Die „Welt am Sonntag“ (WamS) vom 20./21. August hatte zuvor schon davon berichtet, dass der MIT über rund **800 hauptamtliche Offiziere in Westeuropa** verfüge, wovon sich die meisten Agenten in Deutschland befinden. Hinzu kämen noch **6 000 weitere Spitzel**.  
**Christian Ströbele**, MdB der Grünen, bestätigte, dass es „unglaubliche geheime Aktivitäten“ des MIT gebe. Ströbele ist Mitglied seiner Fraktion im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Bundestages, das für die Kontrolle der Geheimdienste zuständig ist. Er kündigte in der WamS an, das Thema „Arbeit des türkischen Geheimdienstes in Deutschland“ nach den Ferien auf die Agenda dieses Gremiums zu setzen. Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und die Polizei müssten dringend ihre Kooperation mit der Türkei überprüfen.  
**Erich Schmidt-Eenboom**, Geheimdienstexperte, kritisierte ebenfalls in der WamS, dass Deutschland die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes immer geduldet habe. Es gehe jetzt aber nicht mehr nur um nachrichtendienstliche Aufklärung, „sondern zunehmend um nachrichtendienstliche Repression“.
- Am **24. August** hatte die **türkische Armee und mit ihr verbündete islamistische Terrorgruppen wie Ahrar Al-Scham, Harka Nur Al-Din Al-Senki oder Failak Al-Scham ihre völkerrechtswidrige Militäroperation „Schild des Euphrat“ nahe der nordsyrischen Stadt Dscharabulus gestartet – angeblich gegen den IS**. Wie die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, sind bei zwei türkischen Luftangriffen mindestens 40 Zivilisten ums Leben gekommen sind.  
Am **28. August** drohte der Autokrat **Erdoğan** bei einem öffentlichen Auftritt in **Gaziantep**, dass man die kurdische „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) Nordsyriens mit ihren Volksverteidigungseinheiten YPG mit „derselben Entschlossenheit“ bekämpfen werde wie den IS. Dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg aber nicht dem IS gilt, machte er klar: „Wir werden den Kampf fortsetzen, bis die Wurzeln der P ausgerissen sind.“  
Am **29. August** meldete die Armee, zehn Dörfer südlich von Dscharabulus und drei Dörfer nahe Al-Rai (türk. Cobanbey) von „Terroristen gesäubert“ zu haben. Hauptsächlich richteten sich die Kampfhandlungen gegen die kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG/YPJ und die mit ihnen verbündeten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF). Der türkische Außenminister **Mevlüt Cavusoğlu** erklärte, dass man die kurdischen Kräfte nach Osten abdrängen wolle. „Die YPG muss sich hinter den Euphrat nach Osten zurückziehen. Wenn sie das nicht tun, werden sie angegriffen werden.“ Diesen Forderungen hat sich die US-Regierung zwar angeschlossen, doch gibt es auch **scharfe Kritik** an den Auseinandersetzungen zwischen pro-türkischen Milizen und kurdischen Kämpfer\*innen: „Wir wollen klarmachen, dass wir diese Gefechte in Gebieten, wo es den IS nicht gibt, inakzeptabel und zutiefst besorgniserregend finden,“ so der **US-Diplomat und Sonderbeauftragte für die Internationale Allianz gegen den IS, Brett McGurk**, nach einem Treffen im US-Verteidigungsministerium. Das AKP-Regime forderte im Gegenzug eine Einstellung der US-Hilfe für die YPG.

YPG/YPJ und SDF haben damit begonnen, ihre Stellungen in der erst kürzlich im IS befreiten Stadt Manbidsch zu verstärken, weil davon ausgegangen wird, dass die Stadt nächstes Ziel der türkischen Armee ist. In kurdischen Städten Nordsyriens demonstrieren die Menschen unter dem Motto **„Türkei raus aus Rojava“**.

Das AKP-Regime unter Recep Tayyip **Erdoğan** will unter allen Umständen das Entstehen eines Kurdenstaates in Nordsyrien verhindern, wodurch die Kurden in der Türkei ermutigt werden könnten, ihren Kampf für Autonomie zu verstärken. Der Autokrat will vielmehr – mit Unterstützung der USA und in Absprache mit Russland – im Norden Syriens eine „Sicherheitszone“ errichten, aus der



V

E

R

B

O

T

S

P

R

A

X

I

S

sowohl der IS als auch die syrischen Kurden vertrieben werden sollen. Erst kürzlich hat der **US-Vize Joe Biden** deutlich gemacht, dass die USA im Zweifel an der Seite des NATO-Partners Türkei stehen werde. Auf der anderen Seite unterstützt Washington die kurdischen YPG/YPJ im Anti-IS-Kampf am Boden.

**Am 30. August** einigten sich auf Vermittlung der internationalen Anti-IS-Koalition die Türkei und die Kräfte der YPG darauf, ihre **Auseinandersetzungen in Nordsyrien – vorerst – beizulegen** und sich auf den Kampf gegen den IS zu konzentrieren. „In den letzten Stunden haben wir Versicherungen erhalten, dass alle beteiligten Parteien das Schießen aufeinander einstellen“, so Colonel **John Thomas** vom Central Command der US-Armee. Dies sei als „ein **loses Übereinkommen**“ zu verstehen, „zumindest für die kommenden Tage. Wir hoffen, dass sich die Übereinkunft verfestigen wird.“

## Politische Kottaus ohne Ende:

### NRW-Innenminister und VS verhindern kurdisches Kulturfestival

Am 3. September sollte das vom Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM) e.V. organisierte 24. Internationale Kurdische Kulturfestival im RheinEnergieStadion in Köln stattfinden.

Auf Druck des SPD-Innenministers von NRW, des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie des Polizeipräsidenten von Köln, hat der Stadionbetreiber gestern die zugesagte Unterzeichnung des Veranstaltungsvertrages zurückgezogen.

Fraglos steht diese Maßnahme im direkten Zusammenhang mit der an die Öffentlichkeit gelangten Einschätzung des Bundesinnenministeriums, wonach sich die Türkei seit 2011 schrittweise „zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens“ entwickelt habe. Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte, dass er an dieser auf einem Bericht des BND basierenden Aussage „nichts zu bereuen“ habe und meinte, dass die Türkei zwar Nato-Partner und „für uns auch Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ sei, die Analyse aber als eine „pointierte Darstellung eines Teilaspekts türkischer Wirklichkeit“ bewertet werden müsse. Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt haben sich „in dieser Pauschalität“ hiervon distanziert.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavuşoğlu warf Deutschland vor, dass der Bericht des Bundesnachrichtendienstes ein „neuer Beweis für die schräge Einstellung“ sei, mit der versucht werde, „die Türkei zu zermürben“. Zu den Beschuldigungen werde es „eine Klärung vor bundesdeutschen Gerichten“ geben. Weiter meinte er, dass „bestimmte politische Kreise“ in Deutschland hinter den Behauptungen stünden, die für ihre „doppelten Standards“ hinsichtlich des Anti-Terror-Kampfes bekannt seien und erwähnte in diesem Zusammenhang die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Auf dieser Ebene bewegen sich auch die Kommentare türkischer, der AKP nahestehender Zeitungen. So war etwa in der Tageszeitung „Sabah“ von „Verleumdung“ sowie „Lug und Trug“ in der deutschen Berichterstattung die Rede und davon, dass Deutschland Mitgliedern der PKK erlaube, sich frei auf den Straßen zu bewegen.

Es scheint, als habe sich der nordrhein-westfälische Innenminister und das Bundesamt für Verfassungsschutz von diesen Anwürfen aus der Türkei treiben lassen. Mit dieser Intervention hat sich wieder einmal deutlich gezeigt, auf welcher Seite die politisch Verantwortlichen in der BRD stehen:

Der gleiche Innenminister, der jetzt den Kurdinnen und Kurden faktisch verboten hat, ihr traditionelles Kulturfestival mit Gästen aus allen Teilen Europas durchzuführen, hat es Zehntausenden türkischen Nationalisten Ende Juli gestattet, in Köln zu demonstrieren, und zwar nicht in einem Stadion, sondern inmitten der Stadt am Deutzer Rheinufer.

Sie konnten unbehelligt dem Autokraten Erdoğan huldigen, der einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt und in staatsterroristischer Manier gegen alle und alles vorgeht, was sich ihm auf dem Weg in die absolute Herrschaft entgegenstellt. Selbst vielfache Rufe nach der Todesstrafe von Demonstrierenden und verhohlener in Redebeiträgen waren kein Grund, hiergegen einzuschreiten.

Wenn der Bundesinnenminister die Analyse des BND bestätigt, wonach die Türkei zur Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen geworden sei, kann die Folgerung doch nur sein, die Beziehungen mit einem solchen Staat in Frage zu stellen. Er hingegen stellte heraus, dass die Zusammenarbeit mit der AKP-

Regierung darüber hinaus ginge. Wie bitte ? Mithin alles nicht so schlimm? Macht nichts, dass das Regime direkte Verbindungen hat zu dschihadistischen Gruppierungen der übelsten Sorte ? Trotz besseren Wissens also stellt sich der Bundesinnenminister an die Seite des türkischen Despoten. Die Frage sei erlaubt, ob er sich durch diese Unterstützungshandlung nicht schuldig macht. Hinzu kommt, dass die Türkei aufgrund der intensiven Kooperation mit deutschen Justiz-, Polizei- und Geheimdienstbehörden inzwischen über eine Vielzahl sensibler Daten von in Deutschland lebenden oppositionellen politischen Aktivist\*innen verfügt. Deshalb muss diese Zusammenarbeit und der Flüchtlingsdeal mit der Türkei gestoppt werden.

Die auf politischen Druck hin veranlasste Verhinderung des Kurdischen Kulturfestivals unterstützt das AKP-Regime in Ankara ebenso wie die politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung kurdischer Aktivisten und Aktivistinnen in Deutschland, die sich seit 23 Jahren dem Vorwurf des Terrorismus ausgesetzt sehen. Derzeit befinden sich 12 Kurden nach § 129b StGB in Straf- bzw. Untersuchungshaft – so viele wie seit langer Zeit nicht.

AZADÎ kritisiert die von außen- und innenpolitischen Interessen geleitete Politik der Bundesregierung auf Kosten der Kurdinnen und Kurden und ihrer Organisationen.

Das 24. Internationale Kurdische Kulturfestival muss stattfinden.

Wir fordern darüber hinaus, die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden zu beenden, die Verfahren nach §129b StGB einzustellen und die politischen Gefangenen freizulassen. (PM Azadî v. 18.8.2016)

*Von NAV-DEM wurde daraufhin für den gleichen Tag eine Kundgebung am Deutzer Hafen, wo sich Ende Juli zehntausende türkischer Erdoğan-Anhänger zusammenfanden, angemeldet und genehmigt.*

## 60 Jahre KPD-Verbot – 60 Jahre Antikommunismus

Elf Jahre nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus hat das Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956 auf Antrag des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU) die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten. Im Widerstand gegen Hitler wurden etwa 150 000 Parteimitglieder in Konzentrationslagern bzw. Zuchthäusern interniert und rund 30 000 Kommunist\*innen ermordet. Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann ist auf Hitlers Befehl nach über elf Jahren Einzelhaft im August 1944 getötet worden.

Die CDU-geführte Regierung ließ 1956 die Partei auflösen, demokratisch gewählten Abgeordneten wurde das Mandat entzogen und nahezu 200 000 Ermittlungsverfahren gegen – mutmaßliche KPD-Anhänger eingeleitet, die insgesamt mit 10 000 Prozessen endeten. Für die Betroffenen bedeutete das Haft, Verlust des Arbeitsplatzes, Entzug des Wahlrechts und weitere zahlreiche Diskriminierungen. Das Bundesverfassungsgericht begründete das Verbot mit den Zielen der Partei. Diese seien gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ gerichtet gewesen. Bei der KPD habe es sich um eine „marxistisch-leninistische Kampfpartei“ gehandelt. *[Ähnliche Argumentationen sind auch in der Verfügung zum PKK-Betätigungsverbot zu lesen oder in den Anklageschriften gegen kurdische Aktivisten, Azadî]* Der eigentliche Grund des Verbots war aus heutiger Sicht nach Auffassung der DKP die von Adenauer schon 1949 begonnenen Pläne für eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands und Schaffung einer Armee von ehemaligen Hitler-Generälen. „Dem stand jedoch eine breite antimilitaristische Grundstimmung gegenüber, die in vielen von der KPD und anderen Friedenskräften organisierten Volksbefragungen, Demonstrationen und Protestaktionen zum Ausdruck kam“, so in einer Erklärung der DKP zum Jahrestag des KPD-Verbots.

Für den **10. September** mobilisiert die DKP zu einer Demonstration in Karlsruhe (15.00 Uhr, Ludwigsplatz). Außerdem findet am **22. September** in Berlin (18.00 Uhr, im ND-Gebäude, Seminarraum 1, Franz-Mehring-Platz 1) eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „60 Jahre KPD-Verbot – ein Anachronismus. Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges: ein verdrängtes Kapitel bundesdeutscher Geschichte“ statt. Vortragen werden u.a. der Jurist und Publizist Dr. Rolf Gössner sowie Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung.

(jw v. 10.8.2016/Azadî)

## Hüseyin Dođru: Kurden werden benutzt – mal unterstützt, mal kriminalisiert

Ein Zusammenschluss kurdischer und türkischer linker Gruppen „Plattform der demokratischen Kräfte“ hatte für den 20. August zu einer Demonstration gegen faschistoide Entwicklungen in der Türkei aufgerufen. Zu dem neuen Bündnis, zum Umfang von Auflagen bei Demos und dem Verhalten der Polizei, sprach die junge Welt mit Hüseyin Dođru, dem Sprecher des Internationalen Zentrums in Frankfurt. „Bei einer Demo in Frankfurt wurde das Mitführen jeglicher Fahnen der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD), und von deren Volks- und Frauenerteidigungseinheiten YPG und YPJ verboten,“ so Dođru. Er kritisiert die Widersprüchlichkeit der Bundesregierung, die einerseits die Eröffnung eines PYD-Büros in Berlin erlaubt habe, andererseits aber deren Symbole verboten würden. „Als Kämpfer gegen den IS-Terror in

Rojava in Nordsyrien sind ihr die YPG und YPJ genehm, hierzulande sollen sie nicht erkennbar auftreten. Kurden werden benutzt, wie man es braucht: mal unterstützt, mal kriminalisiert.“ Auf die Frage, wie es kurdischen und türkischen linken Vereinen in Deutschland ergehe, antwortete Hüseyin Dođru, dass diese das „doppelte Spiel der Bundesregierung“ zu spüren bekämen, zuletzt durch das abgesagte kurdische Kulturfestival in Köln und das Vorgehen gegen Mitglieder der TKP/ML, einer Organisation, die in der Türkei verboten sei, aber nicht auf keiner EU-„Terrorliste“ geführt werde. Vereine Wie ATIK würden seit den Verhaftungen im April 2015 von „verstärkt ins Visier genommen“ und einige Aktivisten „von Versuchen der Kontaktaufnahme durch den Verfassungsschutz“ berichten. Zum Bekanntwerden der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion, wonach sich die Türkei zur „zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen“ entwickelt habe, meinte der Zentrumssprecher, dass sich die Große Koalition in einer „politischen Krise mit der Türkei und mit Russland“ befinde und deshalb Berichte wie jener des BND lanciert würden. Die Unterstützung des IS durch die Türkei sei nicht neu. Auf die Frage, warum auf der Demo am 20. 8. „Freiheit für Abdullah Öcalan“ gefordert werde, antwortete Dođru: Er habe nicht nur die PKK gegründet, sondern auch ein neues politisches Gesellschaftsmodell entwickelt, das in krassem Gegensatz zu Erdoğan's „Ein Staat, eine Sprache, eine Nation, eine Religion“ stehe. Öcalan sei „Vertreter eines demokratischen Konföderalismus der Selbstverwaltung, wie es in Rojava existiert“ und außerdem mehr als 17 Jahre auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftiert, wo es „weder internationalen Delegationen noch Angehörigen oder Anwälten möglich“ sei, ihn zu besuchen. (jw v. 20./21.8.2016/Azadî)

## Observation mit „Stillen SMS“ und geplanten Trojanern

Halbjährlich wird die Bundesregierung von der Linksfraktion nach der Zahl sogenannter stiller SMS zur Ortung von Mobiltelefonen befragt. Danach wurden in den letzten sechs Monaten des Jahres 2015 von den Behörden des Bundesinnenministeriums 210 261 solcher heimlichen Kurznachrichten – für den Empfänger unsichtbar - verschickt. Sie erzeugen aber einen Datensatz zur genutzten Funkzelle, der von den Telefonanbietern auf Vorrat gespeichert wird. Auf diese Weise erhalten die „Sicherheits“behörden ein Bewegungsprofil von Observierten. Den Polizeien und Geheimdiensten genügt es aber auch, lediglich einmal pro Tag den Aufenthaltsort der Betroffenen in Erfahrung zu bringen; eine Verfolgung in Echtzeit ist aber auch möglich.

Der Verfassungsschutz verschickte 72 000 „stille SMS“ – eine Zunahme von gut 50 Prozent. Den höchsten Zuwachs verzeichnet die Bundespolizei: er verdoppelte sich auf 92 000. Auch der Zoll ist mit von der Partei; allerdings bleiben diese Zahlen seit einigen Jahren unter Verschluss. Ob und in welcher Weise diese Ortung überhaupt zur Aufklärung oder Verhinderung von Straftaten beitragen, bleibt auch ein Geheimnis.

Neben den stillen Kurznachrichten nutzen Polizei und Geheimdienste weitere Methoden der digitalen Ausforschung: Handys und Computer können mit sog. WLAN- oder IMSI-Catchern auf wenige Meter genau lokalisiert und abgehört werden. Das Bundesinnenministerium hat einen Trojaner programmieren lassen, um die Rechner von Zielpersonen zu infiltrieren. Das Bundeskriminalamt arbeitet daran, auch mobile Geräte mit derartigen Spionageprogrammen auszuforschen.

Die Möglichkeit, hiergegen zu klagen, ist eingeschränkt, weil Betroffene normalerweise nichts von einer „stillen SMS“ erfahren. Deshalb, fordert die Linksfraktion die Einführung einer Benachrichtigungspflicht. Die Textnachrichten seien darüber hinaus rechtswidrig, weil Polizei und Geheimdienste laut Gesetz nur passiv abhören dürfen; stille SMS hingegen sei ein aktiver Vorgang. (aus Beitrag von MdB Andrej Hunko in jw v. 17.8.2016/Azadî)

## Kurdinnen wieder einmal auf der Flucht

Laut einem Bericht des Tagesspiegel vom 5. August sei die Zahl der Asylbewerber\*innen aus der Türkei mit 1.719 Menschen bereits so hoch wie im gesamten Jahr 2015. Unter Berufung auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommen die meisten aus den kurdischen Gebieten im Südosten des Landes. Dem Bericht zufolge seien die Chancen auf Asyl in Deutschland jedoch gering und die Anerkennungsquote sei gesunken. Berücksichtigt sind allerdings noch nicht die Folgen des gescheiterten Putschversuches. Nach der Forderung des österreichischen Kanzlers nach Abbruch der EU-Beitrittsgespräche und dem Ende des Flüchtlingsdeals mit der Türkei, sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier gegenüber der Berliner Zeitung, dass es keinen Grund für „Plan B“ gebe, weil er glaube, dass das Abkommen mit der Türkei „Bestand“ haben werde.

(jw v. 6.8.2016/Azadî)

## **USA billigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien**

Die US-Regierung hat den Export von Panzern und Waffen an seinen strategischen Partner Saudi-Arabien im Gesamtwert von 1,15 Milliarden Dollar gebilligt. Danach werden 153 Panzer, 419 Maschinengewehre, Granatwerfer, gepanzerte Fahrzeuge sowie Munition an Riad geliefert. Dem Deal zustimmen muss noch der US-Kongress. Die UNO hatte im Juni Saudi-Arabien und seinen Verbündeten vorgeworfen, bei ihren Luftangriffen in Jemen auch Hunderte Kinder getötet zu haben.  
(ND v. 11.8.2016)

## **Friedensabkommen zwischen FARC und kolumbianischer Regierung**

Nach fünfzig Jahren des bewaffneten Kampfes zwischen der ältesten noch aktiven Guerilla Lateinamerikas, der 1964 gegründeten FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombo) und der kolumbianischen Regierung, wurde der Konflikt am 24. August mit der Unterzeichnung der getroffenen Friedensvereinbarungen in Havanna/Kuba beendet. Iván Márquez, Verhandlungsführer der FARC, erklärte, dass die Vereinbarungen der Ausgangspunkt seien für eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft. In einem als „Friedenskonklave“ bezeichneten Verhandlungsmarathon hatten die Delegationen bis zuletzt um jedes Detail gefeilscht. Eine Verifizierungskommission soll in den nächsten Jahren überprüfen ob die getroffenen Vereinbarungen auch umgesetzt werden. Hierbei geht es u.a. um die Stärkung der Kleinbauern sowie den Transformationsprozess der FARC-Guerilla in eine politische Organisation. In der kommenden Legislaturperiode soll sie zehn feste Sitze im Parlament erhalten, ihre Kämpfer\*innen demobilisiert sowie finanziell unterstützt werden. Auf der 10. Guerillakonferenz, die in wenigen Wochen stattfindet, sollen die rund 600 Delegierten der FARC die in Havanna beschlossenen Vereinbarungen sowie ihre Selbstauflösung als bewaffnete Organisation beschließen. Ihr Kampf für eine bessere Gesellschaft soll nun ohne Waffen weitergehen.

In etwa einem Monat erfolgt die offizielle Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kolumbien und am 2. Oktober ist die kolumbianische Bevölkerung aufgerufen, in einer Volksabstimmung über diesen Frieden votieren. Einer Umfrage zufolge würden sich derzeit 67 Prozent der Stimmberechtigten dafür aussprechen. Das Lager um den rechten Hardliner und Ex-Präsidenten Álvaro Uribe würde dagegen stimmen. Angesichts der zahlreichen Übergriffe in den vergangenen zwei Jahren, hoffen Linke Aktivist\*innen sozialer Bewegungen, dass mit der Übereinkunft auch die Repression gegen sie endet.

Mit der kleineren ELN-Guerilla scheint ein ähnliches Friedensabkommen nicht in Sicht. Angekündigte Verhandlungen vor wenigen Monaten haben nicht einmal begonnen. „Eröffnen wir gemeinsam eine neue Etappe unserer Geschichte“, sagte Präsident Santos in einer Ansprache an die Nation.  
(ND v. 26.8.2016)

## **Spanische Rechte gegen Kandidatur von Àrinaldo Otegi zu baskischen Parlamentswahlen**

Nach Auffassung des Wahlrats in der baskischen Provinz Gipuzkoa soll Àrinaldo Otegi für die Wahlen zum nächsten Parlament am 25. September nicht wählbar sein. Er kandidiert für die baskische Linkspartei EH Bildu (Baskenland versammeln). Otegi verbüßte sechseinhalb Jahre Haft und wurde mit einem gleichlangen politischen Betätigungsverbot belegt, ohne dass dies konkretisiert worden war.

Der Linkspolitiker war beschuldigt worden, angeblich die verbotene Partei Batasuna (Einheit) für die ETA wiederaufgebaut zu haben, wobei sich herausstellte, dass er gemeinsam mit anderen an deren Abwicklung gearbeitet hatte. Otegi hat vielmehr maßgeblich zur friedlichen Lösung des Konflikts beigetragen. Meritxell Batet, Berater des spanischen Sozialistenchefs Pedro Sánchez, sagte, Otegi habe aus „juristischer Sicht“ seine Verpflichtungen erfüllt, so dass er berechtigt sei, zu den Wahlen anzutreten. Die spanische Rechte hingegen begrüßte die Entscheidung des Wahlrats.

Otegi selbst bestand darauf, dass man „unter keinen Umständen“ einen anderen Kandidaten aufstellen werde. Nur durch „Betrug“ könne er ausgeschlossen werden.

Das Verfassungsgericht wird am 9. September über die Causa Otegi entscheiden.

Die Linke in Deutschland erklärte, dass ein Ausschluss Otegis „den Friedensprozess torpedieren“ würde, weshalb sich die Bundesregierung gegenüber der spanischen Regierung für dessen Wahlteilnahme einsetzen solle.  
(ND v. 26.8.2016/Azadî)



# U N T E R S T Ü T Z U N G S F Ä L L E



Im August wurde über 11 Anträge entschieden werden. Es handelte sich um Bücherlieferungen und Zeitungsabos für politische Gefangene, um ein (eingestelltes) Ermittlungsverfahren wegen angeblichen Landfriedensbruchs, ein (eingestelltes) Verfahren nach dem Versammlungsgesetz, drei Klagen gegen Ausweisungsverfügungen (wegen politischer Betätigung) sowie drei Verfahren, die noch der weiteren Klärung bedürfen. Die Ausgaben für August betrugen **insgesamt 2.044,54 €**.

Im August erhielten 11 politische Gefangene den monatlichen Unterstützungsbetrag von AZADÎ, **insgesamt 1.133,-- €**.